

Bad-Godesberg, 26.9.1945.

XXXXXXXXXX

Kopie für A. 21. 31. A. (Köln.)

Original in B. 21. 362. v. Weiss. (geheim)

Ha 1 v9/Ne-



Herr Minister,

Der verlorene Krieg und der nunmehr völlige Zusammenbruch des Deutschen Reiches lassen eine Aufrollung auch der rheinischen Frage in nächster Zeit wahrscheinlich werden. Deshalb ist es vielleicht zweckmässig, schon jetzt einige Bemerkungen hierzu zu machen.

I. Als historisch-dynastischen Gründen ist man gewohnt, diese Frage mehr als eine Grenz- und militärisch Angelegenheit zu betrachten: Frankreich wollte und will den Rhein als Grenze zur Sicherung seines Ostens; Deutschland-Preussen wollte und will das Rheinland zur Sicherung und Arrondierung gegen Westen und zur Sicherung der im Rheinland liegenden versprengten kleindynastischen Besitzungen (Preussen mit Cleve, - Oesterreich mit Lothringen). Letztere Absicht wurde in den sogenannten Freiheitskriegen gegen Napoleon zeitweise verwirklicht; Frankreichs Absicht fand den letzten Niederschlag in der Entmilitarisierung der Rheinlandszone durch den Vertrag von Versailles. Erst nach den Freiheitskriegen trat neben und vor das militärisch-dynastische Interesse, das infolge der Vervollkommenung oder modernen Waffen immer mehr zu einer politischen Prestige-Frage wurde, das Interesse an Objekt selbst, weil sich dieses, nämlich der gesamte rheinische Raum, in Hinblick auf die Möglichkeiten der industriellen Entwicklung usw. an sich schon als einer der kostbarsten Besitze des Staates herausstellte. So kam es, dass der Besitz des Rheinlandes zur Rückverlagerung des deutsch-preussischen Schwerkraftes, auch in staatlicher Hinsicht, in das neu erworbene Rheinland und Westfalen wurde und dass heute auch für Frankreich dieser Besitz nicht mehr

An die Abteilung für Auswärtiges,

B. R. N.

Dodis



eine bloße Grenzsicherungsfrage sondern ebenfalls, wenn auch nicht im gleichen Umfange wie früher für Deutschland, eine Besitzfrage wurde, um so mehr, als inzwischen wegen der Bedeutung dieses Industrielandes der gesamte europäische Westen, also auch Holland, Belgien, Luxemburg, Schweiz, ja auch Italien, Spanien und Portugal direkt oder indirekt von der Entwicklung und dem Wohlstand des rheinischen Raumes abhängig wurden.

Dieses bedeutet wiederum, dass die rheinische Frage zum Mittelpunkt des Weltinteresses wurde, da der Besitz des rheinischen Raumes zugleich die Vormachtstellung mindestens in Westeuropa, wenn nicht in Mitteleuropa, bedeutete und mit sich brachte. Hieraus ergibt sich, dass heute die kleineren in Westeuropa befindlichen Staaten und die übrigen europäischen Staaten in gewissem Umfange ebenfalls wirtschaftlich und staatlich ebenso sehr an der Lösung der Rheinfrage (worumter nicht nur die jetzige Provinz Rheinland sondern auch die südlichen und angrenzenden Gebiete gefasst werden müssen) interessiert sind, wie die beiden Grenzkonkurrenten Deutschland und Frankreich. Ferner erklärt sich hieraus auch das zunehmende Interesse Englands in zweierlei Richtung: 1) im Hinblick auf die Frage der Berstörung des europäischen Gleichgewichts, 2) wegen der industriellen, also auch merkantilen Bedeutung des Gebietes, dessen Ausbeutung in die Wirtschaftsinteressen Englands und Nordeuropas nachteilig eingreift. Gerade die Interessen Englands verhinderten in Versailles eine grundsätzliche Lösung der Rheinfrage und führten dazu, Frankreich nur die Grenzsicherung, die es im Osten verlangte, zu geben, und im Übrigen nur die Ausbeute des Ruhrgebietes als Wiedergutmachungsleistungen in Anspruch zu nehmen, während Deutschland letzten Endes die volle Verfügungs- und Ausbeute-Gewalt über dieses Gebiet erhalten blieb. Die Befürchtung bestand nämlich für England, dass Frankreich durch eine endgiltige Angliederung dieses wertvollen Landteiles gegenüber dem im Osten durch Abtretungen sehr geschwächten Deutschen Reiche auf dem Festlande zu mächtig werden würde. Was aber England bei Durchsetzung dieser Lösung nicht bedachte, war, dass eine politische Constellation steten Änderungen unterworfen ist, und dass ein wiedererstarkendes Deutschland sich gerade auf dieses Industrieland stützen musste, und wenn es genügend stark war, ganz Westeuropa, das von diesem

Gebiete abhing, wirtschaftlich zu beherrschen suchte - auch zum Nachteil Englands. Trotzdem war damals schon mit dieser Entwicklung zu rechnen: Deutschland in seinem damaligen Bestande war auf die Rückgliederung der verlorenen Ostgebiete zur Erhaltung der Bevölkerung angewiesen und wenn ihm diese gelang, waren damals infolge der abwartenden Stellungnahme Russlands niemand zweifeln konnte, so war die natürliche weitere Folge der Versuch, auch die Westgebiete wieder ganz unter seine eigene Verfügungsgewalt zu bekommen, was durch den Versailler Vertrag sogar begünstigt wurde. Schon 1923 wurde dieser Versuch durch die Weigerung der Kohlenmagnaten zur vertraglichen Weiterlieferung von Kohlen an Frankreich gescheitert und schlug nur infolge der damaligen Zeitumstände fehl. Frankreich machte damals einen grossen Fehler indem es diese wirtschaftlich aufgesetzene Weigerung mit dem Separatismus beantwortete, der sich nur auf politische Gründe stützen konnte, die aber von Deutschlands Magnaten geschickt verborgen wurden. Vielleicht sogar wäre damals die grundsätzliche Lösung der Rheinfrage möglich gewesen; denn die Arbeiterschaft folgte nur gezwungen der Politik ihrer Arbeitgeber, wenn nicht auf Seiten Frankreichs eine Loalösungsform gewählt worden wäre, die dem Rheinland und Westfalen nicht lag, nämlich die des unmittelbaren Zwanges - und wenn nicht England aus den oben bereits erörterten Gründen wegen Störung des europäischen Gleichgewichts sich aktiv gegen den Separatismus gestellt hätte. Dies führte dazu, dass als Deutschland wirtschaftlich hinsichtlich der Weiterlieferungen nachgeben musste, Frankreich auch dem Separatismus abgeben musste, sodass der alte Versailler Zustand wieder hergestellt wurde und die Rheinfrage weiterhin ungelöst blieb.

Im Jahre 1936 war England durch die afrikanische Frage gefesselt, also diplomatisch hintertrieben gegenüber dem bereits erstarkten Deutschland, das mit seinem Kriegsgegner Italien im Geheimen in wirtschaftlichen, antinutralen Verbindungen stand, die England nicht mehr verhindern, sondern nur noch "totgeschweigen" konnte. In dem Bestreben, eine sonst unvermeidliche Kriegsausweitung auf dem europäischen Festlande zu vermeiden, musste England, das nun die Früchte seine engsichtigen Versailler Politik erntete, auch Frankreich in die Arme fallen, als dies die Verletzung der

Rheinlandentmilitarisierung mit einem sofortigen Einmarsch nach Deutschland beantworten wollte. So kam es zur vertragswidrigen Besetzung des Rheinlandes durch Deutschland, die allein Hitler die spätere Möglichkeit zur Entfesselung des Krieges 1939-1945 schuf.

Ob damals Hitler schon die Macht gehabt hätte, einen europäischen Krieg zu entfesseln oder auch nur bei Abseitsstehen Englands Frankreich die Stirne zu bieten, muss bezweifelt werden. Nach der Ansicht der meisten Deutschen und der Mehrzahl der rheinischen Bevölkerung handelte es sich nur um geschickte, irreführende Propaganda von Goebbels. Es ist kein Geheimnis, dass das Gros der deutschen Truppen in Erkenntnis ihres geringen Kampfwertes bereits abends wieder aus der rheinischen Zone entfernt wurden, um einen Zusammenstoss mit französischen Einmarschtruppen zu vermeiden, und immer wieder wurde erzählt, dass im Falle eines Fehlschlags die deutsche Generalität selbst die Absicht gehabt hätte, das Hitler-Regime zu stürzen und selbst eine provisorische Militärregierung aufzurichten. Dies ist wohl wahrscheinlicher, da damals noch zwischen den alten Generalen und dem Dritten Reich unüberbrückbare Gegensätze bestanden und da jeder General sich sagen musste, dass ein Staatsstreich, an dem sich die Militärkaste offen beteiligte, bei Fehlschlägen unwiderruflich auch den Untergang der deutschen Wehrmacht nach sich gezogen haben würde. Jedenfalls steht fest, dass damals die rheinische Bevölkerung die einrückenden Truppen keineswegs mit dem "bestellten Jubel" aus Goebbels Feder begrüßte, sondern dass im Gegenteil das Überqueren des Rheines sehr stille vorstatten ging und dass man im Rheinland allgemein damit rechnete, Frankreich werde noch am folgende Tage einrücken und dies sogar wünschte, weil man mit Recht dies als die letzte Gelegenheit ansah, das im Rheinland so verhasste Hitler-Regime los zu werden. Wie so viele andere, wurden diese Erwartungen nicht erfüllt und in banger Sorge des zukünftigen Schicksals ihres Vaterlandes, das den Rheinländern trotz aller Luftpropaganda fest vor Augen stand, und sich leider bald darauf in so furchtbarer Form erfüllte, flossen die Folgejahre dahin und brachten nur eine zunehmende Abneigung gegen den Nationalsozialismus, an dessen Sieg man trotz aller Erfolge im Osten und Westen im Rheinland niemals fest geglaubt hat.

II. Erfuhr, wie unter I) kurz skizziert und auch von mir in früheren Berichten bereits erwähnt, die Rheinfrage selbst häufige Änderungen und Ausweitungen, so gilt dies auch hinsichtlich des Gebietes, für das diese Frage akut ist und früher war:

Das Rheingebiet ist geographisch eine Nord-Südfalte, die von den Alpen bis zum Meere reicht und von einem der grössten Schifffahrtsstrassen durchströmt wird. Ursprünglich sassen in diesem ganzen Gebiet Keltenstämme, die von den ost-westlich vordringenden germanischen Stämmen bis jenseits der Rheingrenze zurückgedrängt wurden. Man muss sogar annehmen, dass zu Zeiten Cäsars schon linkerheinische Gebiete seitens der Kelten aufgegeben waren; den Cäsar siedelte sogar einige den Römern treuergebene Germanenstämme linkerheinisch an, um sie gegen ihre Stammesgenossen als Grenzwahe zu benutzen. Es erwies sich aber, dass damals schon der versumpfte Oberrhein, dessen Strom sich in endlose kleine Rinnsale teilte, die leicht zu überschreiten waren, keine militärische Grenze bilden konnte. Deshalb legte man den Limes (Grenzwahl) an, der den toten Winkel des Schwarzwaldes und zugleich die oberrheinische Ebene sichern sollte und dieser Aufgabe auch mehrere Jahrhunderte hindurch gerecht geworden ist. Wie sehr die Alpengrenze - Italiens ewiger Schutz gegen Norddeutschland - mit der Aufrechterhaltung des Donaubecken Vergellandes und zugleich der Rheingrenze zusammenhing, und dass dies den weitblickenden Römern sehr wohl bekannt war, erhellt die Tatsache, dass ihre Soldatenkaiser teilweise ihre Residenz nach Trier, also in das gefährdete Gebiet verlegten, und dass mit dem Zusammenbruch der Römerherrschaft an der Donau und vornehmlich am Rheine (durch Verlust des Limes) ein Weiterfluten der Germanenstämme nicht nur nach Westen, sondern auch nach Süden unvermeidlich wurde.

Eine Bereinigung der Rheinfrage war nur möglich, nachdem die Völkerwanderung lange zur Ruhe gekommen war und sich wieder neue Staaten gebildet hatten, da der-oh völkische Zusammensetzung verschieden war, je nach dem ob bei der germanischen Besiedlung noch wertvolle Urbevölkerung vorhanden war, oder nicht, bildeten sich germanische und romanische Staaten und Völker, (was ursprünglich trotz gemeinsamer Beherrschung identische Begriffe waren die erst später dynastisch veredelt wurden). So entstand die sogenannte Erbfeindschaft zwischen dem späteren Frankreich und Deutschland, die viele irrigerweise den Kriegen unter Ludwig XIV

und anderen zur Last legen, und die später eine zeitlang nur deshalb nicht zur Erscheinung trat, weil und so lange Deutschland mit der Kolonisierung im Osten und dem Kämpfen gegen die gleichfalls staatenbildenden slawischen Völker in Anspruch genommen war. Ein Misserfolg, ja auch nur ein Stagnieren des Vordringens nach Osten musste ein starkes Deutschland wieder nach Westen, also mit anderen Worten über den Rhein und gegen Frankreich werfen.

Im Anfang dieser Entwicklung steht nun der Versuch, sowohl beide Staaten (Frankreich und Deutschland) friedlich zu trennen, als auch geopolitisch den Rhein als Grundlage für ein neues Staatsgebilde zu machen, und dies ist die Gründung des Zwischenstaates, der ursprünglich Italien umschloss, und aus dem später Lothringe, Burgund, die Niederlande erwachsen sollten. Ja selbst die Entstehung der Schweiz kann man in diesem Rahmen hinzurechnen, da auch für sie wie für Lothringen und die Niederlande, die Lösung von der stets nach Deutschland orientierten, und später Deutschland regierenden Österreichischen Macht und Hausmacht, der Hauptgrund war. Der zuerst bestehende Zwischenstaat auf geologischer Grundlage konnte nicht lange bestehen, da er von westlichen wie östlichen Nachbarn, die beide in östlich-westlicher Richtung, bzw. umgekehrt strebten, während der Zwischenstaat nord-südlich orientiert war, zerstückelt werden musste. Die selbstverständliche Folge war, dass alle Folgestaaten und Folgeerscheinungen bald ins Schlepptau des westlichen, bald des östlichen Grossnachbarn gerieten, bzw. zum Teil und zeitweise von ihm aufgezogen wurden. Dies wird stets so bleiben, so lange nicht einer dieser Grossnachbarn das Übergewicht über den anderen erhält und so lange eine vernünftige Vereinigung der West-Ost-Interessen Richtung der Nachbarn mit der geopolitischen Nord-Süd Richtung des Rheingebietes nicht erreicht ist. Diese soll im Folgenden versucht werden:

zunächst aber auch noch der ausdrückliche Hinweis, wie sehr naturgemäss auch die anderen Kleinstaaten am Rheine: Holland, Belgien, Luxemburg, Schweiz, an dieser vernünftigen Regelung interessiert sind, wird doch die Lösung der elsassisch-lothringischen und der übrigen Rheinestaatsfrage zugleich ihre Stärkung und Schwächung bringen und das Los dieser neuen und älteren Reichsstaatsgebiete wird und muss n.B. zugleich ihr eigenes Schicksal

sein, sowie dies bisher ja auch schon in Grossen und Ganzen der Fall gewesen ist. Die Lösung wird damit für sie eine Existenzfrage nicht nur in wirtschaftlicher sondern auch in staatlicher Beziehung.- Aber andererseits ist es ebenso wesentlich, dass n.B. England an dieser endgültigen Lösung nur insoweit ein Interesse haben kann, als wirtschaftliche Fragen oder allgemein-politisch-europäische Fragen hierdurch berührt werden: Ob ein neuer Rheinstaat entsteht und ob dieser nach Westen oder Osten orientiert ist, berührt in staatlicher Hinsicht nur das europäische Gleichgewicht, nicht aber die Existenz und die staatliche Gestaltung des Empires, ja nicht einmal seines europäischen Vorpostens, nämlich des englischen Inselreiches, unmittelbar.

Nachdem bereits am Rheine bzw. in dessen Stromkreis Holland, Belgien, Luxemburg, Schweiz entstanden sind, über deren weitere Aufrechterhaltung nichts gesagt zu werden braucht, konzentriert sich die Rheinfrage auf das übrige Gebiet, also auf Elsass- und sogenannt-deutsch-Lothringen und das nördlich davon zwischen Deutschland und Frankreich und Holland liegende eigentliche "Rheinland", wie es bisher gefasst und aufgefasst wurde. Auf die bestmögliche Umgrenzung dieses fraglichen Gebietes mussten unten eingegangen werden, da hierbei, um gerecht zu werden, alle Gesichtspunkte mitberücksichtigt werden müssen, insbesondere also auch neben den staatlichen, rassischen, wirtschaftlichen, religiösen, kulturellen Interessen und Beziehungen nicht nur der Nachbar- und Kleinstaten, sondern auch der Bevölkerung des infragestehenden Gebietes selbst, da so lange deren Interesse keine Berücksichtigung gefunden haben, die Gefahr eines neuen "Hexenkessels" in Gestalt eines unzufriedenen Volkes bleibt, das nur danach strebt, sein vermeintliches Glück nur auf der Gegenseite zu suchen und so der Spielball der gesamten europäischen Politik wird. Dies liegt am wenigsten im Interesse der übrigen europäischen Staaten und auch nicht Amerikas, das nunmehr zum zweiten Male kurz hintereinander in Europa Ordnung schaffen musste und selbst gemerkt hat, wie sehr die europäischen Wirren sofort die ganze Welt in Brand setzen und unmittelbar seine eigenen asiatischen Belange in Mitleidenschaft ziehen können und werden.- Also auch Amerikas Interesse liegt auf Seiten einer unmittelbaren, sofortigen Vereinigung der Rheinfrage als einer europäischen Frage: Amerika kann also kein Interesse mehr daran haben, das englische System, Europa durch Regelung der Gleichgewichtsfrage in Atem und

Unfrieden zu erhalten, zu unterstützen. Wurde nicht auch der Balkan erst beruhigt, als das Spiel der Grossmächte dort aufhörte und die Interessen der eignen kleinen Völker berücksichtigt waren? Und liess dieser Unruheherd nicht sofort wieder auf, als Italien und Deutschland unter Führung eines Österreichers dem dieses Problem nicht ferne weg das dortige Gleichgewicht durch Stärkung gewisser Kleinstaaten gegenüber anderen störten? Lerne man hieraus für die Kleinstaaten am Rheinstrom!

Ist denn überhaupt noch das alte Gleichgewichtssystem von englischen Standpunkte aus berechtigt? Die Frage ist mit Nein zu beantworten: Die Vergangenheit hat doch zur Genüge gezeigt, dass Frankreich den europäischen Frieden nicht bedroht und zufolge seiner geographischen Westlage und dem Mangel an Kriegsindustrie - und Kriegswillen auch in Zukunft nicht bedrohen wird. Aggressiv-Kriege wird Frankreich angesichts seiner schwindenden Bevölkerungszahl nicht mehr führen wollen, wie noch unter auszuführen bleibt, macht es auf keinem anderen Gebiete England Konkurrenz. Selbst eine wesentliche Gebietsvergrößerung würde Frankreich nicht zum Rivalen Englands machen. Wenn hierin ein Grund zur Furcht läge, müsste England längst das gebietsgrosse Spanien und Norwegen angegriffen haben. Demgegenüber hat Deutschland zur Genüge bewiesen, dass es bei seinen jetzigen, ja selbst bei vermindertem Stande (z.B. nach Versailles) und geschwächter Wirtschaft den europäischen Frieden gefährden kann und wird, solange ihm die natürlichen Hilfsquellen bleiben. Diese gerade bieten ihm ausser dem verlorenen Oberschlesien im wesentlichen nur das rheinische Kohlen- und Eisengebiet. Selbst die wirksamste Kontrolle ist schwach gegenüber einem einheitlich-oppositionellen Volkswillen, der geschürt wird. Dieser Wille würde die eigene, gutwillige Regierung zwingen, jede veränderte Constellation der internationalen Diplomatie auszunutzen und der neue Krieg wäre da. Lehrt Versailles dies nicht zur Genüge? Der Fehler von Versailles war gerade die zu grosse Schwächung der deutschen Wirtschaft, d.h. der Friedenswirtschaft unter Aufrechterhaltung des politischen Einflusses in Westeuroparäume zu Lasten von Frankreich, um letzteres nicht zu gross werden zu lassen. Will man diesen Fehler wiederholen, so wird sich auch der englische Fehler bzw. Zustand von 1936 wiederholen, d.h. das England im gegebenen Augenblicke nicht in der Lage ist, gegen ein erneut zu den Waffen greifenden

Deutschland vorzugehen. Diese Lage empfinden die Rheinländer auch heute schon wieder: England sucht nur die Kohlen zu verwerten, England wird uns wie 1936 im Stiche lassen, England wird schon bald aus dem Rheinlande abdrücken, dies sind häufig gehörte Ausserungen, die vielleicht wahr werden können. Wenn England heute ein wirkliches Interesse an der Befriedung Europas hat, muss es zu Gunsten Frankreichs auf sein altes Gleichgewichtssystem verzichten, -- oder aber folgerichtig hieraus ein Wechselspiel zwischen Frankreich und Russland machen, das aber vielleicht noch gefährlicher wird, weil ein einigermaßen zusammengehaltenes Deutschland sich sofort an Kontinentaldeutschen wird, um wieder europäischen Einfluss zu gewinnen. Allzu fern war ja auch nicht der dahin gehende Versuch der deutschen Generalität nach Stalingrad schon damals Russland zum Frontwechsel an der Seite Deutschlands zu veranlassen. Es dürfte daher auch im Interesse Englands selbst liegen, derartigendrohenden Koalitionsmöglichkeiten für die Zukunft die Spitze zu bieten, indem es das tatsächlich nur formale Übergewicht Frankreichs in Westeuropa begründet und mitunterstützt, auf eigene wirtschaftliche oder staatliche Interessen im Rheingebiete verzichtet, sich auf die Aufrechterhaltung der Ordnung im norddeutschen Raume beschränkt. Ist England endlich hierzu bereit, so würde der Rheinraum in die französische, also westeuropäische Einflussphäre rücken, in der er sich ja bereits befindet, aber mit dem grossen Unterschiede, dass er nicht mehr zu Kriegsrüstungen usw. und zur Bedrohung des europäischen Friedens werden kann, wie er dies in der Hand eines aufstrebenden Deutschlands stets bleiben wird, zumal wenn dieses Deutschland seine gesamten Grossindustriellen Ostgebiete verloren hat und nur auf dieses Kohlengbiet angewiesen ist, indem auch bisher schon seine Hauptwaffenfabriken usw. liegen.

Es bleibt dann nur noch die Frage nach der Abgrenzung des infragestehenden Gebietes und die weitere Frage, in welcher Form die Neugliederung erfolgen soll, d.h. - da nur diese staatlichen Möglichkeiten bestehen - als selbständiger Rheinstaat, als Staat im Rahmen eines Rheinbundes oder als loser oder fester Bestandteil des französischen Staates, oder aufgeteilt zwischen Deutschland und Frankreich..

III. Su Unrecht sieht man auch in Frankreich die rheinische Frage, wie oben ausgeführt, nur als eine Frage der Grenzsicherung und zugleich als eine Frage der Schwächung Deutschlands an. Beides ist unrichtig, oder ungenau. An einer Schwächung Deutschlands kann Frankreich nur solange ein Interesse haben, als es von Deutschland bedroht wird, und diese Bedrohung setzt wiederum voraus, dass Deutschland kräftemässig hierzu in der Lage ist. Gewiss ist der Wunsch Frankreichs verständlich, sich alle etwaigen diplomatischen und politischen Konstellationen zu sichern bzw. sich gegen diese zu sichern, als sowohl ein Erstarktes Deutschlands zu verhindern, als auch gegen ein erstarktes Deutschland gesichert zu sein. Aber ein erstarktes Deutschland kann sehr leicht mit fremder Hilfe in der Lage sein, Frankreich ein einverleibtes Rheinland wieder zu entreissen, mag sich dieses auf das linke Rheinufer erstrecken oder auf ein grösseres Raumbgebiet. Frankreichs gesamte Ostgrenze ist offen bis auf das natürlich geschützte Alpenland und Juragebiet. Der Rhein, besonders nicht der schmale Oberrhein bildet keinen Grenzschutz, nicht einmal für das kleine Elsass-Lothringen, dass deshalb ja auch ständig den Besitzer wechselte. Durch eine Ausdehnung der französischen Sphäre nach Norden kann Elsass-Lothringen gegen Osten nicht geschützt werden. Dieser Erfolg kann nur dadurch erreicht werden, dass stattd der Oberrheingrenze eine Verlegung der Grenze jenseits des Schwarzwaldkamms erfolgt, da nur die gesamte Oberrheinische Tiefebene einheitlich geschützt wird. Schwierigkeiten dürfte dies heute nicht bereiten, da das gesamte Oberrheingebiet tatsächlich eine einheitliche wirtschaftliche und kulturelle Ganzheit bildet, die eigentlich niemals hätte zerstört werden dürfen. Eine Wiederausammenfassung der gesamten Oberrheinebene und eine endgültige Einfügung ins französische Staatsganze würde also keine wesentlichen wirtschaftlichen oder verkehrswirtschaftlichen und ernährungsässigen Schwierigkeiten bereiten. Dasselbe gilt aber auch hinsichtlich der Bevölkerung, die auf beiden Oberrheinufern erstaunlicherweise völlig gleichartig ist (Alemannen). Dies erleichtert nicht nur eine Zusammenfassung unter sich, sondern auch eine Zusammenfassung mit dem französischen Staate, denn nicht nur die Lothringer, die reine Franzosen sind, sondern auch die Elässer haben sich in den verfloessenen Jahren und zuletzt wiederum im Kriege 1939-1945 als so franzosenfreundlich erwiesen,

dass Hitler ihre Verpflanzung nach dem Osten und die Neubesiedlung mit Tirolern usw. beabsichtigte. Deshalb würde an sich auch für Frankreich die Durchdringung der rechtsrheinischen Oberrheinebene keinerlei kulturelle und völkische Schwierigkeiten bereiten, besonders nicht, wenn die Grenze so gezogen wird, dass sie sich in etwa mit der alten badischen Ostgrenze deckt, - also möglichst die Aufnahme schwäbischer Gebiete vermeidet - und dass Frankreich wie bisher, fortfährt auf die Interessen und Eigenarten der dortigen Bevölkerung Rücksicht zu nehmen auch hinsichtlich der religiösen Belange, die dort vorwiegend sind.

Das elsassische Problem berührt die Rheinfrage also nur insofern, als vielleicht an eine Verselbständigung auch des Oberrheingebietes und seine Zusammenfassung mit dem übrigen nördlichen Rheingebiete gedacht werden könnte. Aus der Eigenartlichkeit des Oberrheingebietes heraus ist jedoch eine derartige Lösung keineswegs geboten, da das Oberrheingebiet in dem aufgewiesenen Umfange und in Anlehnung an den französischen Ernährungs- und Wirtschaftsraum eine in sich geschlossene Einheit schon bildet, die von sich keinen Zusammenschluss mit anschließenden Nordgebieten verlangt. Höchstens könnte ^{man} eine Arrondierung von Lothringen durch Hinzunehmen des Saargebietes rechtfertigen, dabei aber Kohlengebiete so eng zusammenhängen und auch wirtschaftlich, völkisch usw. ganz aufeinander abgestimmt sind (und erst 1871 getrennt wurden) und an eine Arrondierung des Elsass durch die nördlich angrenzenden Randgebiete nördlich der Lanter bis einschließlich Saaritz und der Südtteile des Pfälzischen Berglandes, die ebenfalls in enger wirtschaftlicher und völkischer Verbindung mit dem Elsass stehen. Jedenfalls würde durch eine derartige Grenzkorrektur die Nordgrenze des Elsass linksrheinisch etwas mehr geschützt als bisher, während andererseits die Lösung der Nordrheinfrage, d.h. des unmittelbar hieran anstossenden Gebietes nicht berührt wird.

Ebenso wenig würde diese rheinische Frage dadurch berührt, dass vielleicht einige West- und Nordteile an Belgien und Holland dauernd, oder zu Reparationszwecken fielen, da keinesfalls lebenswichtige Teile des Nordrheinlandes hierdurch wegfielen.

Das verbleibende in Frage stehende Nordgebiet bildet nun in jeder Hinsicht eine ebensolche starke Einheit, wie Elsass am Oberrhein. Der Rhein ist stets nur Hauptschlagader des Verkehrs, aber

niemals Grenze, sowohl am Nord- wie am Oberrhein, Ja am Nordrhein ist dies vielleicht noch betonter, da hier der Rhein zugleich einheitliches Stromnetz- und Kanalsystem für sein an ihm liegendes Wirtschaftsgebiet ist. Aber auch schon weiter oberhalb, z.B. im Neuwieder Becken zeigt sich das unbedingte Abgestimmte der Wirtschaft der beiden Ufer, das am Niederrhein und schon bei Köln, soweit führt, dass einzelne Produktionszweige eines einheitlichen Wirtschaftsproduktes - und Vorganges bald rechts- bald links des Stromes sich befinden, also praktisch nicht trennbar sind. Abgesehen von der heutigen Waffenentwicklung war der Rhein auch schon lange keine militärische Grenze mehr. Napoleon glaubte die Rheingrenze nur haltbar durch die Rheinbundfürsten, die ihm ergeben waren und fast die gleiche Aufgabe erfüllten, wie ehemals die Ufer linksrheinisch für die Römer. Beim Zusammenbruch war die Rheingrenze ebensol erledigt. Deshalb hat es heute keinen Zweck mehr, die Rheinfrage noch weiter als eine Frage der Sicherung der Rheingrenze durch Besetzung, Abtretung, Loslösung von der rechtsrheinischen Rheinseite aufzufassen. Täte man dies, so würde man nur sinnlos ein eng zusammenhängendes Volks- und Wirtschaftsgebiet zerschlagen, ohne einen der beiden angrenzenden Staaten zu nützen. Das Ruhrgebiet würde von Verkehrsnetze des Rheinsedens abgetrennt, wie die Städte von ihren auf der anderen Flussseite liegenden Vororten, wie die Bevölkerungen von den jenseitigen Ackergebieten, wie die Kölner rechtsrheinischen Kabelfabriken von ihren linksrheinischen Gummiwerken, und andere Beispiele dieser Art, die sich endlos erweitern lassen. Auch kulturell gehört das Gebiet zusammen, trotz der oft unterschiedlichen, völkischen Zusammensetzung und diese völkische Zusammensetzung ist von Süden nach Norden fortlaufend gestaffelt, nicht aber von Osten nach Westen, was für das völkische Gebiet gilt, gilt auch fürs religiöse, das gerade im Rheinlande eine noch sehr grosse, ja ausschlaggebende Rolle spielt. Nur einmal schiebt sich von Osten her eine nichtrheinische Bevölkerung teilweise bis an den Strom, und zwar in Hessen-Kassel, ohne auf der anderen Seite ihre völkische Fortsetzung zu erfahren. Dies berechtigt aber noch keine Teilung durch den Rheinstrom im übrigen. Denn auch die fremden Völker sind im Laufe der Jahre so sehr zusammen gewachsen, dass sie völlig in den rheinischen Volks- und Wirtschaftskörper aufgegangen sind und auch charakterlich ergänzen sich diese Völker meistens in sehr glücklicher Weise. Die gegen-

seitige Hilfe am Rheine während der Fliegerangriffe, im grossen Gegensatz zur Aufnahme der Fliegergeschädigten im übrigen Deutschland und die Mähschaffigkeit der Bevölkerung trotz der Fliegerangriffe beweisen wohl zur Genüge die Standhaftigkeit, das Zusammengehörigkeitsgefühl, die Heimatliebe des Rheinlandes trotz seiner Artverschiedenheiten, die sich nur dadurch erklären, dass die verschiedenen Völker ebenso eng untereinander, wie mit dem Boden verwachsen sind. Im übrigen darf nicht vergessen werden, dass alle diese Völker mehr oder weniger schon seit der französischen Revolution kulturell nach dem Westen, als nach dem Osten angelehnt sind, was s. Bt. während der französischen Revolution auch dann führte, dass deren Ideen am Rheine allgemein so starke Gefolgschaft fanden. Auch eine Aufteilung in nördliche und südliche Nordrheinprovinzen etwa zwischen Deutschland und Frankreich wäre aus den gleichen Gründe nicht möglich. Auch würde hierdurch die Frage der Grenzsicherung ja nur verschoben, nicht aber gelöst. Der Süden und Norden des Rheinraumes abwärts des Main hängen so eng miteinander in Verbindung, wie die beiden Stromseiten: Ja es zeigt sich insofern sogar eine völkisch-wirtschaftliche Kongruenz, als sowohl nach Norden fortschreitend eine völkische, wie auch wirtschaftliche Verschiedenheit in gleicher Weise auftritt, während beide Ufer nicht von einander verschieden sind, d. h. die Richtungen der beiden Staffellungen sind identisch und dies gilt ebenso für Kultur und Religion. Eine Lösung zwischen Süden und Norden, wie es jetzt s. B. hinsichtlich der Besatzungszonen der Fall ist, lässt sich überhaupt kein halbes Jahr mehr aufrecht erhalten, denn der Norden muss vom Süden die Nahrungsmittel, Wein usw. Holz, Zement usw. beziehen, während der Norden ihm die notwendigen technischen Fabrikate liefert. Jede Störung dieser Einheit führt nicht nur zum Ruin des infrage stehenden Gebietes sondern aller Rheinstaaten und letzten Endes auch von Westeuropa, das auf der wirtschaftlichen Einheit dieses grossen Industriegebietes unbedingt angewiesen ist. Ja, die Grösse dieses Gebietes macht sogar, angesehen von völkischen und kulturellen Gesichtspunkten, auch eine Einbegreifung der jetzt schon zu ihm gehörenden angrenzenden östlichen und nord-östlichen Landesteile erforderlich, da diese unbedingt zu seiner wirtschaftlichen Einheit gehören und besonders unbedingt zu seiner Ernährung erforderlich sind. Wie schwierig s. B. eine anderweitige Ernährung

des Gebietes der Ruhr durch Heranführung aus Norddeutschland ist, zeigt die jetzige Abschürfung des Sürheinlandes. Es fehlen eben völlig die notwendigen Verkehrsmittel, Bahnen und Kanäle, die eben ganz auf den Rheinstrom zugeschnitten sind, und ausserdem ist die norddeutsche Landwirtschaft ganz anders orientiert, als es der Ernährung und den Bedürfnissen der Ruhrbevölkerung und des übrigen Rheinlandes entspricht. Eine Umstellung wäre sinnlos und würde Jahrzehnte in Anspruch nehmen.

Man kann aus allen angeführten Gründen eine Teilung sowohl west-östlich wie auch nord-südlich ablehnen, so fragt sich wie gross etwa das Gebiet sein muss, dass diese Einheit des Rheinlandes bilden muss, um selbständig lebensfähig zu sein. Lehnt man eine Verselbständigung ab, so kommt natürlich nur eine Verschlagung dieses selben Gebietes in Frage und dann ist es gleichgültig, wie die Abgrenzung ausfällt, da jede Teilung den Tod des Gebietes in Ganszen oder für die abgetrennten Teile mit sich bringen müsste.

Das in Frage kommende Gebiet müsste nach obigen Ausführungen alle Gebiete umfassen, die nördlich der elsassischen Grenze liegen und sich von hier bis zur holländischen Grenze ja bis zum Meere hinziehen, da die Industrie dringend eines eigenen Hafens am Meere (Emsen) bedarf. Die Ostgrenze würde etwa von Jaderbusen zum Weserberglande verlaufen und auf den westlichen Weserhöhen bis nördlich Fulda und von hier über Böhra - Speessart nach Miltenberg am Main und weiter in südlicher Richtung bis zum Zusammentreffen mit der Ostgrenze Frankreichs auf dem Schwarzwalde. Das Gebiet würde also Teile von Oldenburg, Westfalen, Provinz Hannover ganz Hessen-Kassau, den Odenwald, Rheinhessen mitumfassen und u.a. folgende Städte einbezichen: Emsen, Bielefeld, Paderborn, Frittlar, Fulda, Hannau, Ascheffenburg, Darmstadt, Karlsruhe. Zugleich würde dieses Gebiet die Nordgrenze des neuen Elsass ganz decken sowie den Staaten Holland und Belgien Schutz geben gegen Überfälle. Diese wirtschaftliche Einheit würde selbständig lebensfähig sein und alle europäischen Aufgaben, die ihr gestellt werden, erfüllen. Sie läge also auch als selbständige Gründung wohl im Interesse der kleinen Weststaaten, auch der Schweiz, durch die sie umgekehrt im Süden wiederum gedeckt würde. Andererseits wäre das Gebiet nicht so gross, dass es eine selbständige staatliche Entwicklung innerhalb und zum Schaden der Weststaaten nehmen könnte oder dass es irgendwie einen politischen Ausschlag würde geben

können. Nur in der Anlehnung nach Osten, an Deutschland, könnte diese Gefahr erwachsen, und dies muss verhindert werden.

IV. Wenn im Vorigen dargelegt wurde, dass das vorerwähnte Gebiet eine untrennbare Einheit bildet, die in sich lebensfähig ist und die den europäischen Frieden nicht gefährdet, so fragt sich jetzt, wie kann die besprochene gefährdete Anlehnung nach Osten verhindert werden oder welche Staatsform kann dem in Frage stehende Gebiete gegeben werden.

a) Eine Zusammenfassung mit Elsass-Lothringen zu einem grösseren Pufferstaate ist nicht möglich und nicht zweckdienlich. Zunächst nicht möglich, da von Frankreich nicht die Herausgabe des wiedergewonnenen Gebietes verlangt werden kann und nicht zweckmässig, da Elsass-Lothringen mit dem nördlicheren Rheinlande keine wirtschaftliche Einheit bildet, die dies erfordern würde, dahingegen seine Interessen (siehe oben) mehr eine Eingliederung der Schwarzwaldgebiete fordern. Durch eine derartig grosse Zusammenfassung des gesamten Rheingebietes einschl. Elsass würde ein Grossstaat entstehen, der tatsächlich eigene Staatspolitik machen könnte und der zufolge seines industriellen Übergewichtes eine ständige Gefährdung des schwächeren Grossnachbarn wie auch der Kleinstaaten am Rheine bringen könnte. Hierdurch würde ein neuer Unruheherd geschaffen, besonders auch da die Elssässer eine derartige Angliederung von vornherein ablehnen.

b) Eine Aufteilung zwischen Deutschland und Frankreich wurde oben schon erörtert und abgelehnt. Sie würde nur eine unwesentliche Grenzverschiebung bedeuten, die in sich etwas Unhaltbares wäre, würde das wesentliche Ruhrgebiet jedenfalls bei Deutschland lassen wie auch die neue Grenze verlief, und würde unbedingt - im Interesse beider Staaten - wieder zur Rückkehr zu der heute bestehenden Grenzziehung zwingen. Hieraus würde also nur ein neuer Krieg entstehen müssen.

c) Im Zusammenhange wurde auch schon einmal der Plan eines englischen Dominions erörtert, da es sich von Norddeutschland, (Hannover-Hamburg) aus beginnend bis zur jetzigen Besitzungsgrenze im Süden der englischen Zone erstrecken sollte, und das Ruhrgebiet daraufhin mitzufassen und kontrollieren würde. Diese zunächst bestrickende Lösung birgt sehr viel Ungewisses für die Zukunft in sich: die Unterhaltung dieses Brückenkopfes ist für England sehr kostspielig, wie sich jetzt schon durch die erforderliche Ein-

führung von Weizen usw. zeigt, die auf die Dauer weder von England, sicherlich aber nicht von dem infrage stehenden Gebiete getragen werden kann. Abgesehen davon ist die Unterhaltung einer Dauerarmee für den Brückenkopf erforderlich. Bei aussereuropäischen Konflikten muss England den Brückenkopf aufgeben, um nicht zugleich in europäische Verwicklungen zu geraten, mit anderen Worten würde sich bald die Lage von 1936 für England ergeben, mit seinen verhängnisvollen Folgen für ganz Europa. Dann entfielen von selbst jede Kontrolle und Deutschland wäre ebenso in der Lage von 1936, könnte also unbekümmert der französischen Einsprüche wieder aufrüsten. Das ist ja gerade das, was die Rheinländer schon jetzt befürchten. Endlich ist auch zu berücksichtigen, dass das Gebiet für England selbst Konkurrenz bildet: Die englische Kohle beherrscht den norddeutschen Raum ohne dies, dies aber zugleich demsetzt der Absatzraum für die Ruhrkohle, wenn die belgischen und französischen Kohlenwerke wieder laufen. Die Ruhrkohle würde also die englische Kohle verdrängen. Derartige Geschäfte liegen England auf die Dauer kaum, besonders, wenn bis auf weiteres noch an Belgien und Frankreich kostenlose Reparationskohle geliefert werden muss. Also auch die Gründung eines Dominions ist keine Dauerlösung. Ebenso wie eine Teilung zwischen Deutschland und Frankreich kommt also auch eine solche zwischen England und Frankreich aus den Gründen, wie oben nicht in Frage.

d) Ebenso wenig natürlich wäre eine völlige Eingliederung dieses einheitlich-grossen Gebietes in Frankreich zu begrüssen. (Dass eine teilweise Eingliederung nicht in Frage kommen kann, ohne das Gebiet zu schädigen und doch zu keinem Erfolge zu führen, wurde schon erörtert.) Die Bevölkerung würde einer derartigen Lösung kaum sympathisch entgegensehen und auch für Frankreich dürfte sie nicht tragbar sein. Denn es würde sich um die Aufnahme eines geschlossenen Wirtschaftskörpers handeln, der in französischen Wirtschaftskörper einen Fremdkörper bilden würde. Der französischen Wirtschaft wird man durch die Eingliederung nur des Saargebietes gerecht, auf auf das Saargebiet kam der neue Rheinstaat ohne seine Struktur zu verlieren, verzichten. Würde aber das ganze Schilde eingegliedert, so würde dies auf eine starke, völkische Belastung für das menschenarme Frankreich werden, weil eben eine Umsiedlung der rheinischen Überbevölkerung in andere Teile Frankreichs nicht möglich ist, weil diese Menschen an Ort

und Stelle notwendig sähe, teils im Bergbau und der Schwerindustrie selbst, teils in der Verarbeitung der Industrie oder im Gemüsebau, der wieder zur unmittelbaren Ernährung der Industriebevölkerung nötig ist. Also auch den Vorteil der Eingliederung des Elsass im Jahre 1918 würde Frankreich hinsichtlich des Bevölkerungswachses nur in sehr geringem Umfange geniessen. Andererseits würde eine grosse Grenzerweiterung eintreten, selbst wenn man auf Eingliederung des Rheingebietes verzichten wollte (was in diesem Falle natürlich möglich sein würde) und ausserdem würde eine erweiterte Besatzungsarmee dauernd in diesem Gebiete zu unterhalten sein. Hinzutritt noch, dass durch die Ackerbau- und Weingebiete des Rheinlands eine direkte Schädigung der französischen Ernährungswirtschaft eintrete, besonders wenn das Rheinland den elsässischen Markt erobert, was ihm durch die Stromlage leicht möglich wäre.

Endlich würden auch die Kleinstaaten wohl eine derartige französische Konkurrenz auf dem Rheine nicht besonders begrüssen, denn Frankreich wäre durch sein Übergewicht sehr wohl in der Lage, entweder den Frachtenverkehr auf dem Rheine zu unterdrücken und in seine anderen Verkehrswege zu leiten (nordfranzösische Kanäle) oder aber den gesamten Verkehr an sich zu ziehen, insbesondere auch das süddeutsche Geschäft, an dem viele Kleinstaaten interessiert sind. In dieser Richtung ist es in günstigerer Lage als Deutschland es war, wenn es zu Elsass-Lothringen noch den rechten Oberrhein erhält.

Eine völlige staatsrechtliche Losstrennung des unbeschriebenen Gebietes von den übrigen Teilen Deutschlands würde nicht richtig sein, es wird dadurch der Keim zu zukünftigen Verwicklungen gelegt.

a) Es erhebt sich sofort die Frage: Was soll mit den übrigen Teilen des nicht von den Russen besetzten deutschen Gebietes geschehen?

Löst man den Rhein, Ruhr völlig von ihnen, so wird man automatisch dazu übergehen müssen, auch diese Teile zu selbständigen Staaten zu machen. Es ergibt sich dann folgendes Bild:

1) Der von Russland besetzte Teil Deutschlands, das ist nahezu die Hälfte des alten deutschen Gebietes.

2) Drei kleinere deutsche Staaten, darunter der Rheinstaat. Es ist im Hinblick auf die zutage getretenen imperialistischen Tendenzen Russlands in hohem Masse wahrscheinlich, dass Russland hier die Fiktion, das sei das alte Deutschland, aufrecht erhalten würde, das die drei neuen Staaten, insbesondere der Rheinstaat noch einer Wiedervereinigung mit diesem Deutschland streben würde. Das Gesicht des Rheinstaates würde man nicht zum Westen, sondern geradezu zum Osten kehren. Für die erstrebten Ziele: "Ausräumung der Möglichkeit für Deutschland einen neuen Krieg vorzubereiten, Stärkung der wirtschaftlichen und politischen Macht Frankreichs als der führenden Macht Westeuropas" ist es durchaus ausreichend, ja aus den obenerwähnten Gründen besser, wenn man den Rheinstaat in gelockertem staatsrechtlichen Verbands mit den übrigen Teilen Deutschlands lässt, im allgemeinen eigenes Gesetzgebungsrecht, eigene aussenpolitische Vertretung, vielleicht internationale Gendarmerie bestehend auch aus Angehörigen neutraler Staaten. Wenn die wirtschaftliche Annäherung des Rheinstaates fortschreitet, wird die Gesetzgebung des Rheinstaates allmählich ganz von selbst sich von der in den anderen deutschen Staaten geltenden Gesetzgebung entfernen. Der begrüssenswerte Zusammenschluss Frankreichs, des Rheinstaates, Belgiens, Hollands, Luxemburgs zu einem Interessenverband unter Führung der stärksten Macht, Frankreich würde, wenn Belgien und Holland widerstreben, der zukünftigen Entwicklung zu überlassen sein.

Genehmigen Sie, Herr Minister, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Der Schweizerische Generalkonsul:

M. M. M.